

EU

07.04.2010

## Wir brauchen eine Wirtschaftsregierung

Die Europäische Union muss mehr gemeinsame Aufgaben für die Mitgliedsländer übernehmen. Eine Gemeinschaft, die sich nur auf den Markt beschränkt, kann nicht funktionieren.

Wir stehen heute am Scheideweg zwischen dem Auseinanderbrechen und einer wahren Wirtschaftsregierung der EU.

von Tommaso Padoa-Schioppa (ehem. Mitglied des EZB-Direktoriums und italienischer Finanzminister)

Die Gefahr, die die Krise für die gesamte Europäische Union bringen würde, konnte man nur so lange übersehen, wie lediglich eine Bank, ein Industriesektor oder ein Randstaat betroffen war. Doch als sie ein Land des Euro-Raums wie Griechenland traf, wurde deutlich, dass Europa ein Hauptopfer der Krise werden kann, auch wenn es nicht verantwortlich für sie ist.

So haben sich innerhalb weniger Wochen viele mentale und politische Einstellungen geändert. Und in diesem Zusammenhang ist der Begriff einer „europäischen Wirtschaftsregierung“, die lange abgelehnt wurde, in den offiziellen Sprachgebrauch der Europäischen Union aufgenommen worden.

Wenn wir wollen, dass die damit eröffnete Debatte zu einem Fortschritt führt, müssen wir genau definieren, welche Aufgaben im Bereich der Wirtschaftspolitik der Europäischen Union und welche den einzelnen Staaten zukommen.

Es ist wichtig, die historische Bedeutung des gegenwärtigen Moments zu verstehen. Heute endet die vor einem Vierteljahrhundert begonnene Phase, in der man meinte, das europäische Gebäude zu konstruieren bedeute, einen gemeinsamen Markt zu schaffen und sonst nichts. Die Europäische Union blieb ein Koordinator der nationalen Politiken. Es gab keine europäischen Instrumente, sondern den Anspruch eines „Konzerts“ der nationalen Instrumente: ein Konzert ohne Noten und ohne Dirigent, das schlimmere Kakofonien hervorbrachte als in Federico Fellinis berühmten Film „Orchesterprobe“, in dem die Musiker gegen den Dirigenten rebellieren.

Jeder, der die EU-Verträge kennt, weiß, dass das nicht die Auffassung der Gründer war. Jeder Wirtschaftsexperte weiß, dass es keinen funktionierenden Markt geben kann, ohne dass in gleichem Umfang eine „Regierung“ existiert, die in der Lage ist, Regeln festzulegen, ihnen Respekt zu verschaffen und öffentliche Güter zu garantieren. Als Ironie des Schicksals hat die Strategie des „nur Markt“ letztlich auch die Vereinigung des Markts verhindert. Und jetzt, wo die Krise ausgebrochen ist, droht sie ihn aufzulösen, wo er sich bereits realisiert hat. Heute stehen wir am Scheideweg zwischen dem Auseinanderbrechen und einer wahren Wirtschaftsregierung der EU.

„Wirtschaftsregierung“ ist ein Ausdruck, dem sehr verschiedene Bedeutungen gegeben worden sind. Manche wollen ein europäisches Organ, das der Zentralbank politische Vorschriften macht. Das ist eine falsche und gefährliche Auffassung, der man mit Entschlossenheit begegnen muss. Die Unabhängigkeit der Geldpolitik darf nicht zur Diskussion gestellt werden. Andere schlagen vor, dass die Europäische Union ihre Rolle, etwa in der Haushaltspolitik, bei Steuern und beim Arbeitsmarkt erweitern soll. Meiner Ansicht nach ist es eine Illusion und ein Fehler, eine europäische Wirtschaftspolitik gleichzusetzen mit einer

„Koordinations-Befugnis“ nur für die nationalen Politiken. Eine Illusion, weil diese Befugnis sich genau dann als unpraktikabel erweist, wenn die Meinungsverschiedenheiten am größten sind. Ein Fehler, weil die Staaten in den Bereichen ihrer Kompetenz frei bleiben müssen.

Eine europäische Wirtschaftsregierung wird nur Sinn haben, wenn sie nicht nur einfacher Koordinator ist, so wie es heute schon für die Währung, den Wettbewerb und den Außenhandel der Fall ist. Akteur nicht nur für eine wirksamere Anwendung des Stabilitätspakts, die der gegenseitigen Nachsicht ein Ende setzt, sondern auch für Initiativen, die dazu beitragen, der Energie- und Umweltkrise zu begegnen, die europäische Infrastruktur zu entwickeln, die Forschung zu stärken und die Krisen in einzelnen Industrie- oder Finanzsektoren zu bewältigen. Das sind die Bereiche, in denen die Verträge der Europäischen Union nicht eine exklusive Zuständigkeit zusprechen, sondern, wie man sagt, eine mit den Staaten geteilte Zuständigkeit. Heute aber ist der Teil der Europäischen Union bei dieser geteilten Zuständigkeit gleich null.

Um Akteur in der Wirtschaftspolitik in den Bereichen der gemeinsamen Zuständigkeit zu werden, muss die Europäische Union die nötigen Mittel erhalten: einen bedeutenderen und flexibleren Haushalt als den aktuellen, eine europäische Steuer, eine gemeinsame Vertretung wie zum Beispiel einen gemeinsamen Sitz beim IWF, eine Möglichkeit, Wertpapiere auf dem Markt zu begeben. Wenn man entgegenhält, dass das nicht möglich sei, weil die Ressourcen fehlen, sagt man das Gegenteil der Wahrheit. Denn bei gleichbleibenden öffentlichen Ausgaben (nationalen und europäischen) würde eine Reduzierung der nationalen Quote, begleitet von einem Anstieg der europäischen, bessere Resultate bringen. Oder bei gleichbleibenden Resultaten würden weniger Kosten verursacht.

© 2009 ECONOMY.ONE GmbH - ein Unternehmen der **Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH**

Verlags-Services für Werbung: [www.iqm.de](http://www.iqm.de) (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: Content Sales Center | Sitemap | Archiv | Schlagzeilen

Powered by Interactive Data Managed Solutions

Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende [Nutzungshinweise](#), die [Datenschutzerklärung](#) und das [Impressum](#).